

Kurzbericht

Ausschuss Wissenschaft und Kultur

(23. - öffentliche - Sitzung am 15.04.2024)

Tagesordnung:

1. a) **Flächendeckende medizinische Versorgung in Niedersachsen sicherstellen: Medizinstudienplätze konsequent ausbauen und Anreize für mehr hausärztliche Praxen setzen!**
Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/1228](#)

- b) **Medizinstudienplätze bedarfsorientiert ausbauen und die Allgemeinmedizin innerhalb des Studiums stärken**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/3661](#)

Der Ausschuss führt zu den Anträgen eine Anhörung durch. Angehört werden:

- Landeshochschulkonferenz Niedersachsen
 - Ärztekammer Niedersachsen
 - Oberärztin Christina Reulen - Fachärztin für Allgemeinmedizin und Palliativmedizin - Städtisches Krankenhaus Nettetal
 - Prof. Dr. med. Nils Schneider - ehemaliges sachverständiges Mitglied der Enquetekommission „Sicherstellung der ambulanten und stationären medizinischen Versorgung in Niedersachsen - für eine qualitativ hochwertige und wohnortnahe medizinische Versorgung“
 - Kassenärztliche Vereinigung Niedersachsen
 - Niedersächsische Krankenhausgesellschaft
 - Bundesvertretung der Medizinstudierenden in Deutschland e. V.
 - Marburger Bund - Landesverband Niedersachsen
2. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes und zur Einführung eines hochschuleigenen Ordnungsrechts**
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - [Drs. 19/3645](#)

Der - federführende - Ausschuss kommt überein, die Landesregierung um eine Unterrichtung über den aktuellen Sachstand sowie zum Gegenstand des Gesetzentwurfs in einer seiner nächsten Sitzungen zu bitten.

3. **Hochschulentwicklungsvertrag 2024 bis 2029 zwischen dem Land Niedersachsen und den Niedersächsischen Hochschulen**
Antrag der Landesregierung - [Drs. 19/3812](#)

Der - mitberatende - Ausschuss lässt sich von Staatssekretär Prof. Dr. Schachtner über die Grundzüge des o. g. Vertrags unterrichten und führt die Mitberatung durch. Er

votiert gegenüber dem - federführenden - Ausschuss für Haushalt und Finanzen dafür, dem Landtag die Annahme des Antrags zu empfehlen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

4. **Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung über den aktuellen Sachstand zum Themenkomplex „weitere Entwicklung beim Schloss Marienburg/Schließung bzw. Teileröffnung des Schlosses Marienburg/Aufhebung des Pachtvertrages“**

Der Ausschuss stimmt dem Antrag der CDU-Fraktion zu und nimmt in Aussicht, die Unterrichtung in einer seiner nächsten Sitzungen entgegenzunehmen.